



Ostalb

Der Frauenrat unterstützt Kandidatinnen

Kommunalwahl

Frauen aller Listen stellen sich am Samstag, 27. April, auf verschiedenen Marktplätzen vor.

Aalen/Gmünd/Ellwangen. Unter dem Motto „Wer Frauen will, muss Frauen wählen“ bereitet der Kreisfrauenrat Ostalb derzeit in Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen für Samstag, 27. April, eine Aktion auf den Marktplätzen vor. Zwischen 8.30 und 12 Uhr werden die Kandidatinnen aller Listen für die Kommunalwahlen vor Ort sein, egal ob Ortschaftsrat, Gemeinderat oder Kreistag.

Wenn im Kreistag des Ostalbkreises nur 16,9 Prozent Frauen und im Durchschnitt in den Gemeinderäten 23,9 Prozent Frauen Mandate haben, dann zeigt das den Frauen und natürlich auch den Männern auf, dass ein Umdenken zu mehr partnerschaftlicher, gemeinsamer politischer Gremienarbeit für alle wichtig ist und Frauen auch gewählt werden sollen, von Frauen und Männern.

Unterstützung erfährt der Kreisfrauenrat für den Prozess des Umdenkens zu mehr Partnerschaft von Frauen und Männern in der Kommunalpolitik durch Landrat Pavel.

Frauen sind von vielen Themen besonders betroffen

Frauen, die aus ihrer Lebenswirklichkeit andere Schwerpunkte haben als Männer, sind für Kommunalparlamente wichtig. Themen wie öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Kindergärten/Kinderhort, Müll oder die tägliche Sorge um die Betreuung von zu pflegenden (Eltern oder Behinderte), Fahrdienste, Schulwege, Freizeitaktivitäten und Ehrenamt, Wohnungssituation betreffen sehr stark Frauen. Besonders betroffen sind Frauen in ländlichen Regionen wie im Ostalbkreis.

Dem Kreisfrauenrat Ostalb ist es deshalb ein Anliegen, Frauen zu unterstützen, egal auf welchem Listenplatz sie stehen, denn sie sollen auch gewählt werden. Alle Frauen und Männer können dazu beitragen, dass es mehr Mandatsträgerinnen nach dem 26. Mai in den kommunalen Gremien des Kreises gibt.

Ostalb soll sauberer werden

Entsorgung Landkreis und GOA starten Imagekampagne gegen die zunehmende Vermüllung der Landschaft. Das ist geplant. Von Alexander Gässler

Aalen

Vor nicht mal 14 Tagen war Kreisputzete. Gut 18 000 Menschen haben teilgenommen und entlang der Straßen und Flüsse, in den Wäldern und auf den Fluren tonnenweise Müll gesammelt. Bisweilen schaut es jetzt schon wieder so aus wie vor der Putzete. Für Landrat Klaus Pavel steht deshalb fest: Die Bürger haben „die Schnauze voll“, sie erwarten ein Signal der Kreispolitik.

Das Signal kommt jetzt in Form der Initiative „Saubere Ostalb“. Landkreisverwaltung und GOA haben dazu ein Arbeitspapier entwickelt, dem der Kreistag am Dienstag grundsätzlich zugestimmt hat. Das ist geplant:

Öffentlichkeitsarbeit Bürger sollen durch Zeitungsanzeigen, Plakate, Radio- und Kinowerbung für das Problem der Vermüllung der Landschaft sensibilisiert werden. Das Thema Müllvermeidung soll wieder ins Bewusstsein rücken.

„Wenn ein Platz sauber ist, ist die Hemmschwelle viel größer.“

Klaus Pavel
Landrat

wusstsein rücken. Landrat Pavel erinnerte an eine frühere Kampagne gegen Dosen.

Abfallkümmerer Sie sollen fester Ansprechpartner für die Sauberkeit im öffentlichen Raum sein. Zu ihren Aufgaben gehört etwa die Beratung von Wohnbauunternehmen in Müllfragen, aber auch die kurzfristige Entsorgung von wildem Müll. Die GOA soll insgesamt drei Abfallkümmerer anstellen.

Ehrenamtliche Müllpaten Immer mehr Bürgerinnen und Bürger werden selbst aktiv und sammeln den Müll auf, den andere hinterlassen. Die GOA will sie dabei künftig unterstützen, etwa durch die notwendige Ausstattung mit Müllsäcken, Handschuhen und Schutzkleidung. Eine kleine Aufwandsentschädigung soll auch möglich sein.

Glascontainer Städte und Gemeinden sollen die Standorte der Container überprüfen, ob eine soziale Kontrolle erfolgen kann und so das Ablegen von Müll erschwert wird.

Glascontainer Die GOA reinigt die Standorte einmal wöchentlich. Den darüber hinausgehenden Reinigungsbedarf erledigen die Bauhöfe der Städte und Gemeinden. Die Kosten übernimmt der Landkreis.

Unterflurcontainer für Altglas und Dosen Viele Städte setzen inzwischen auf Abfallbehälter, die ganz oder teilweise in den Boden



Vermüllter Glascontainer in Aalen. Landrat Klaus Pavel ist überzeugt: Ist ein Platz sauber, dann ist die Hemmschwelle größer, dort seinen Müll legal zu entsorgen.

Fotos: Oliver Giers



Beliebter Ablageplatz für wilden Müll: Wohnmobilstellplatz im Aalener Hirschbach.

eingelassen sind. Zu sehen sind nur die Einwurfsschächte an der Oberfläche. Ziel ist, in den kommenden drei Jahren 20 Unterflurcontainer anzuschaffen. Der



Dauerärgernis: Verpackungsmüll eines Schnellimbisses auf Aalens Osterbacher Steige.

erste soll in Schwäbisch Gmünd eingerichtet werden. Die Stadt kommt für die Tiefbauarbeiten auf, die GOA für Ausstattung und Leerung. Landrat Pavel be-

zifferte die Kosten auf 20 000 bis 30 000 Euro pro Standort – ohne Tiefbau.

Altkleiderstandorte Für die Reinigung sind die Bauhöfe zuständig. Dafür sollen Städte und Gemeinden in den Pachtverträgen mit den Anbietern eine Pauschale aufnehmen, die die Reinigungskosten abdeckt.

Müllsparsäcke Sie waren ursprünglich mal für kleine Haushalte gedacht, zum Beispiel für alleinstehende Menschen oder Paare ohne Kinder. Inzwischen nutzen laut Landrat 22 000 von rund 110 000 Ostalb-Haushalten die Müllsparsäcke – und sparen sich so eine Mülltonne. Jetzt soll geprüft werden, das Angebot auf Ein- bis Zweipersonenhaushalte zu begrenzen oder die Mindestabnahme auf neun Säcke zu erhöhen. Dazu müsste der Landkreis die Abfallwirtschaftsatzung anpassen.

Der Kreis beziffert die Kosten für die Kampagne auf 310 000 Euro jährlich. Allein rund 270 000 Euro entfallen auf die Abfallkümmerer, 40 000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit. GOA und Landkreis übernehmen je 30 Prozent. Den Rest sollen Städte und Gemeinden nach Einwohnerzahl schultern.

Ausschuss berät jetzt die Details

Kritik an den Kosten

Aalen. Die Details der Kampagne „Saubere Ostalb“ sollen jetzt im zuständigen Kreistagsausschuss beraten werden. Das sicherte Landrat Klaus Pavel vor allem den Freien Wählern zu. Die stehen der Initiative zwar grundsätzlich positiv gegenüber, sind aber skeptisch, was die Abfallkümmerer betrifft. Das sagte Fraktionschef Peter Traub. Ähnlich erging es der CDU. Es sei ein wichtiges Anliegen, meinte Fraktionsvorsitzender Peter Seyfried, aber 310 000 Euro seien ein stattlicher Betrag.

Für Thilo Rentschler (SPD) geht es darum, dem illegalem Müll endlich den Kampf anzusagen wie er sagte. Er warb dafür, die Initiative mindestens drei oder besser fünf Jahre laufen zu lassen. Volker Grab (Grüne) freut die geplante Unterstützung des

Ehrenamts. Sein Fraktionskollege Walter Havemann forderte für die ehrenamtlichen Müllsammel-er ein Konzept zum Umgang mit Konflikten, die er für unvermeidlich hält. Für Michael Lang (FDP) ist die illegale Müllentsorgung „soziales Verhalten“.

Dr. Gunter Bühler (CDU) fehlt der ordnungspolitische Rahmen in der Kampagne. Sprich: Manche Müllsünder ändern ihr Verhalten eben nur, wenn sie erwischt und bestraft werden. „Wir brauchen keine Müllsünder“, entgegnete Landrat Pavel. „Doch, doch...“, schallte es ihm da entgegen. Vor allem in der CDU-Fraktion sehen das etliche anders als Pavel. Das gewünschte Signal an die Bürger für eine große Kampagne bekam er dann doch – bei wenigen Enthaltungen.

Woanders gelten Freier als Verlierer

Gesellschaft Marietta Hagney informiert über das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und Prostitution.

Aalen. Prostitution und Menschenhandel gibt es überall auf der Welt. Auch auf der Ostalb. Dort hat sich im vergangenen Oktober auf Initiative der Soroptimistinnen ein Bündnis gebildet, das in Aalen inzwischen ein landesweit einmaliges Beratungs- und Präventionsstelle eröffnet hat. Deren Leiterin, Marietta Hagney, hat jetzt dem Kreistag berichtet – und kein Blatt vor den Mund genommen.

Deutschland ist ihr zufolge nämlich kein Vorbild, sondern „der Puff Europas“. 90 Prozent der Prostituierten, stammen aus Osteuropa. Marietta Hagney wurde deutlich: Dass eine junge Frau aus Rumänien, die der deutschen Sprache nicht mächtig ist, freiwillig an der Tür eines Bordells in Aalen klingelt und fragt, ob sie ein Zimmer mieten kann, ist ausgeschlossen. „Sie wurde geschleht.“

In mehreren Ländern Europas ist Prostitution verboten. Für Marietta Hagney hat das nordische Modell einen Bewusstseinswandel bewirkt. Ein Mann, der dort in den Puff geht, gelte als Verlierer. „Frauen sind keine Ware“, stellte sie klar. Und: „Kein Mensch der Welt hat das Recht, einen anderen zu kaufen. Und sei der eine noch so arm und der andere noch so reich.“

Jutta Heim-Wenzler signalisierte die Unterstützung der CDU für die Initiative von Solwodi. Die Abkürzung steht für Solidarity with women in distress – Solidarität für Frauen in Not. Frederick Brütting (SPD) fragt sich, warum die Städte Aalen und Schwäbisch Gmünd bislang keine Vergünstigung für Bordelle erheben. „Wir brauchen alle Instrumente, die wir im Instrumentenkasten haben. Gegen Zwangsprostitution und Ausbeutung.“

Sarah Ingrid Heide (Freie Wähler) forderte die Solidarität der Männer ein, „die bewusst mit ihrer Sexualität umgehen und nicht triebgesteuert ins nächste Bordell gehen“. Rolf Siedler (Grüne) wollte mehr über die Prävention wissen. Marietta Hagney informierte über geplante Besuche in Schulen und Betrieben. Cynthia Schneider (Die Linke) hätte sich gewünscht, der Kreistag wäre so mutig und würde die Kostenübernahme einstimmig beschließen.

Die Beratungs- und Geschäftsstelle wird bislang von Solwodi und der Stiftung Agnes Philippine Walter des Franziskanerinnenklosters Schwäbisch Gmünd finanziert. Landrat Pavel hatte eine Weiterfinanzierung im Aussicht gestellt. Benötigt werden rund 76 000 Euro jährlich. Pavel stellte schon mal klar: Für ein paar Euro werde es nicht zu haben sein. Der zuständige Ausschuss soll nun darüber beraten.

ZAHL DES TAGES

15,4

Prozent der Minderjährigen gehören nach einer Studie der DAK zur Gruppe der „Risiko-Gamer“ – das sind Menschen, die gefährdet sind, süchtig nach Computerspielen zu sein. Wo man Hilfe bekommt, erfahren Sie in der Meldung „Hotline zur Computer-Spielsucht“.

Hotline zur Computerspiel-Sucht

Aalen. Computerspielen gehört heute fast zum Alltag der Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Rund drei Millionen 12- bis 17-Jährige „zocken“ regelmäßig, 465 000 Jugendliche in Deutschland zeigen ein riskantes Spielverhalten. Laut der DAK-Studie gelten 15,4 Prozent der Minderjährigen als sogenannte Risiko-Gamer. 3,3 Prozent erfüllen sogar die Kriterien einer Computerspielabhängigkeit. Die Betroffenen fehlen häufiger in der Schule, haben oft emotionale Probleme und geben deutlich mehr Geld für Spiele aus. Ab wann wird Computerspielen

problematisch? Und wie lässt sich einer Abhängigkeit gegenübersteuern? Antworten auf diese und andere Fragen bekommen Eltern bei einer Telefon-Hotline. Experten der DAK beraten am Donnerstag, 11. April, zwischen 9 und 15 Uhr. Das Angebot unter der kostenlosen Rufnummer 0800 2 800 200 können Kunden aller Kassen nutzen. „Wir wollen unkomplizierte Hilfe und Beratung anbieten“, sagt Andrea Rump von der DAK in Aalen.

Weitere Informationen zur Internetsucht bei Kindern gibt es unter www.computersuchthilfe.info.

Landkreis präsentiert sich im Forstwagen

Aalen. Am 10. Mai wird die Remstalgartenschau eröffnet. Der Landkreis beteiligt sich mit Ostalbgärten. Dazu werden in allen fünf beteiligten Ostalbgemeinden Forstwagen aufgestellt – als Treffpunkte, an denen auch Ostalb-geversper werden kann, wie Landrat Klaus Pavel sagt. Unter anderem kündigte er auch Waldaktionstage sowie eine Themenwoche Landwirtschaft an. Pavel hat dem Kreistag am Dienstag in Aalen einen Forstwagen präsentiert. Anschließend informierten die Bürgermeister der fünf Rathäuser über das Programm vor Ort.



Landrat Klaus Pavel präsentiert dem Kreistag einen der fünf Forstwagen für die Remstalgartenschau.

Foto: obo